





# Um das Selbstverwaltungsrecht Berlins

**W. P.** Der Kampf um den Berliner Magistrat ist in ein Stadium getreten, das recht beträchtliche Perspektiven für die Kommunalpolitik Berlins eröffnet.

Die Auseinandersetzungen über die Bildung des Magistrats sind natürlich nicht nur ein Streit um mehr oder minder tüchtige Personen, wie die bürgerliche Presse glauben machen möchte, sie sind vielmehr der Ausdruck des zwischen Bourgeoisie und Proletariat sich entzündenden Kampfes um die Macht in Berlin. Das Eingreifen der preussischen Regierung in diesen Kampf der Parteien zugunsten der Bourgeoisie hat eine erfreuliche Klärung der Situation herbeigeführt, die voraussehen läßt, was der Berliner Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich noch bevorsteht.

Die preussische Regierung hat die bürgerliche Minderheit der Stadtverordnetenversammlung auf die Mittel hingewiesen, mit denen sie leicht und mühelos, durchaus parlamentarisch und scheinbar gesetzlich, die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung zur Ohnmacht verurteilen kann. Die preussische Regierung mit einem Sozialisten an der Spitze hat dem von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung gewählten Magistrat die Bekämpfung verweigert, weil er der bürgerlichen Minderheit nicht paßt. Was ist die Demokratie in der Praxis! (Demokratie-Volksherrschaft, d. h. Herrschaft der Masse, im Gegensatz zur Aristokratie-Herrschaft einer Clique.) Welcher Sturm der Enttäuschung ist in Zeiten der wilhelminischen Herrschaft in den Reihen der Sozialdemokratie ausgebrochen, wenn die damalige Regierung einem sozialistischen Schöpfen die Bekämpfung verweigert hätte. Die heutige, sozialistisch durchsetzte, preussische Regierung im Zeitalter der Demokratie, begnügt sich nicht mit der Ausschaltung einzelner Sozialisten; sie ermöglicht es, daß die bürgerliche Minderheit des Berliner Stadtparlaments der sozialistischen Mehrheit ihren Willen oktroyieren kann!

Man muß sich die nackten Tatsachen vor Augen halten, um die Stellungnahme der Regierung richtig würdigen zu können. Nach § 11 des Gesetzes über die Bildung der Stadtgemeinde Groß-Berlin vom 27. April 1920 hat die Stadtverordnetenversammlung die Zahl der Magistratsmitglieder, die 30 nicht überschreiten darf, festzusetzen und ferner zu bestimmen, ob oder wieviel besoldete und unbesoldete Magistratsposten geschaffen werden. Von diesem Recht hat die Berliner Stadtverordnetenversammlung Gebrauch gemacht. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Parteien wurden durch Mehrheitsbeschluß überwunden. Eine selbstverständliche parlamentarische Methode. Die hierbei angeht sich zu kurz gekommene Minderheit der Stadtverordnetenversammlung unterwarf sich indessen nicht dem Mehrheitsbeschluß; sie wandte sich unter Wahrung der parlamentarischen Grundzüge, an die Preussische Landesversammlung, um eine Änderung des Berliner Gesetzes in ihrem Sinne herbeizuführen. Das ist, vom Standpunkt der Demokratie aus gesehen, eine gewiß unerhörte Handlungsweise. Dabei die Tatsache besondere Beachtung verdient, daß gerade die Preisrichter der Demokratie ein beratendes Verfahren beliebten.

Wir, die wir wissen, daß die Gesetze der Demokratie bei Machtkämpfen in die Brüche gehen, finden das Streben der Parteien, ein ihnen unangenehmes Gesetz zu korrigieren, ja außer Kraft zu setzen, durchaus verständlich. Gesetzesänderungen anzustreben, ist das gute Recht einer jeden Partei. Angewöhnlich und unerhört ist in diesem besonderen Falle lediglich die Haltung der preussischen Regierung, die die Ausführung der Beschlüsse des Stadtparlaments, die auf einem bereits in Kraft getretenen Gesetz beruhen, inhibiert. — Lediglich deshalb inhibiert, weil die unterlegene Minderheit mit ihnen nicht einverstanden ist. Erklärte doch in dem Ausschuss der Preussischen Landesversammlung, der die Anträge auf Änderung des Berliner Gesetzes vorbereitet, Stadtschreiber Freund als Vertreter der Regierung: Er halte es für „selbstverständlich“, den gewählten Magistratsmitgliedern, den Wünschen des deutschen nationalen Abgeordneten Bildes entsprechend, die Bekämpfung vorläufig zu verweigern, bis die Beratung über die Änderung des Gesetzes erledigt sei.

Daß der Regierungsvorsteher diese Erklärung im Kreise von Parlamentariern gelassen und mit geringem Widerstande auszusprechen durfte, kennzeichnet das demokratische Empfinden dieser Kreise. Nur die Vertreter der sozialistischen Parteien protestierten gegen diese verfassungswidrige Haltung der Regierung. Diese ihre Stellung ist nur „selbstverständlich“, wenn man die Regierung als den geschäftsführenden Ausschuss der bürgerlichen Parteien,

die in der Preussischen Landesversammlung die Mehrheit haben, ansieht. Die Haltung ist aber höchst unverständlich, wenn man die Regierung als die Vollstreckerin und Beschützerin der in Kraft befindlichen Gesetze betrachtet.

Eine Regierung, die auf dem Boden des demokratischen Prinzips und des Selbstverwaltungsrechts der Städte steht, wird ohne weiteres jeden Beschluß eines Stadtparlaments genehmigen, sofern er nicht den bestehenden Gesetzen zuwiderläuft. Die Berliner Magistratswahl ist auf durchaus gesetzlichem Wege zustande gekommen. Die Hinausschiebung ihrer Bekämpfung durch die preussische Regierung erfolgt lediglich deshalb, um der in der Stadtverordnetenversammlung unterlegenen Minderheit die Möglichkeit zu geben, auf dem Wege über die Preussische Landesversammlung der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich ihren, den Minderheitswillen, aufzuzwingen. Die preussische Regierung greift somit in die Interessenkämpfe der Parteien zugunsten einer bürgerlichen Minderheit ein. Das bedeutet die faktische Aufhebung der parlamentarischen Rechte der Berliner Stadtverordnetenversammlung und des Selbstverwaltungsrechtes der Stadt Berlin überhaupt!

Damit, mit dieser ihrer Haltung, hat die preussische Regierung für die kommende Politik Preußens einen höchst bedenklichen Präzedenzfall geschaffen. Demnach könnte die Minderheit der Stadtverordnetenversammlung jedesmal wichtige Beschlüsse, die der Genehmigung der Regierung bedürfen, dadurch inhibieren, daß sie entsprechende Anträge im Preussenparlament einbringt und die Regierung ersucht, bis zu ihrer Erledigung die Beschlüsse des Stadtparlaments nicht zu genehmigen. Unter diesen Umständen kann eine gedeihliche kommunale Tätigkeit in Berlin außerordentlich erschwert, ja unmöglich gemacht werden. Und was der Minderheit Berlins recht ist, muß der Minderheit einer jeden anderen preussischen Stadt billig sein. Man erkennt ohne weiteres, welche gefährlichen Konsequenzen die Haltung der preussischen Regierung gegenüber der Wahl des Berliner Magistrats entwickeln kann. Ein derartiges Verhalten einer Regierung ist ja auch verfassungsrechtlich einfach unmöglich.

Wir geben uns nicht der Illusion hin, die preussische Regierung überzeugen zu können. Der Zweck dieser Darlegungen soll sein, den sozialistischen Vertretern Berlins die Frage vorzulegen, ob sie unter diesen Umständen bei Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes Berlins durch die preussische Regierung an der praktischen Arbeit in Berlin überhaupt teilnehmen können. Was nützte alles Parlamentieren in der Stadtverordnetenversammlung, was nützte die schönsten Beschlüsse, was nützte die opferreichste praktische Arbeit in der Verwaltung Berlins, wenn die bürgerliche Minderheit mit Hilfe der preussischen Regierung jede beachtenswerte Handlung der sozialistischen Mehrheit verhindern kann?

Der Kampf um den Berliner Magistrat muß somit die Entscheidung darüber bringen, ob die preussische Regierung das Selbstverwaltungsrecht Berlins respektieren will oder nicht. Und von dieser Entscheidung müssen die Sozialisten beider Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung ihre Mitarbeit abhängig machen. Sie müssen ihre Mitarbeit verweigern, wenn das Selbstverwaltungsrecht Berlins nicht unbedingt gesichert ist. Sie dürfen sich auch nicht mit bloßen Erklärungen der Regierung begnügen. Die preussische Regierung muß durch die Tat beweisen, daß sie das Selbstverwaltungsrecht Berlins nie und nimmer antasten will. Diese Tat kann nur sein: die sofortige Bekämpfung des von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Magistrats.

Die Bekämpfung des Magistrats ist für die sozialistische Mehrheit des Berliner Stadtparlaments, die sich auf die überwiegende Mehrheit der Berliner Bevölkerung stützt, eine unerlässliche Voraussetzung ihrer Existenz. Inhabiert die Regierung den Mehrheitswillen der Berliner Bevölkerung, indem sie den von dieser gewählten Magistrat nicht bekämpft, so bedeutet das, daß in Berlin nicht die sozialistische Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, sondern tatsächlich die bürgerliche Minderheit herrscht.

Die Sache des Berliner Magistrats ist somit die ureigenste Angelegenheit des gesamten Berliner Proletariats. Es hat sich jetzt zu entscheiden, ob es seinen am 30. Juni parlamentarisch erzwungenen Einfluß aufgeben oder seinen Willen zur sozialistischen Kommunalpolitik durchsetzen will.

Ein Jurid kann es für die Arbeiterschaft nicht geben! In vollster Einmütigkeit und Geschlossenheit muß sie mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln ihre einmal eroberten Positionen und ihre grundlegenden Rechte verteidigen. Die Arbeiterschaft Berlins wird auch auf kommunalem Gebiet nur die Macht ausüben, die sie zu erobern und jederzeit zu verteidigen bereit ist.

# Die Kartoffelversorgung

Berlin, 28. September.

Amlich wird mitgeteilt: Zur Besprechung der brennend gewordenen Frage der Kartoffelversorgung, fand am 28. d. Mts. in der Reichskartoffelstelle, unter Leitung des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, die schon in der Presse angekündigte Verhandlung statt, an der neben Vertretern der Zentral- und Provinzialbehörden, Vertreter der Landwirtschaft, der Kommunalverbände und des Handels, eine sehr große Anzahl Verbrauchervertreter, insbesondere Vertreter der zentralen Gewerkschaftsverbände (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Verband der Tisch-Bundschuh und der Christlichen Gewerkschaften, Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter) teilnahmen. In vierstündigen Verhandlungen legten die Vertreter der einzelnen Gruppen ihre Besorgnisse und Wünsche, die sie bezüglich der Kartoffelversorgung und der Gestaltung der Preise haben, dar. Trotz ursprünglich weit auseinanderstrebender Meinungen herrschte doch angefangen von der außerordentlich großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung dieser Frage letzten Endes darin Einigkeit, daß ein Weg zur Verständigung durch beiderseitiges Entgegenkommen gefunden werden müsse. Zu einer zu diesem Zweck eingesetzten Unterkommision, in der alle Gruppen vertreten waren, wurden unter Berücksichtigung der in der allgemeinen Debatte gewonnenen Ergebnisse folgende Richtlinien für die Kartoffelversorgung übereinstimmend aufgestellt:

1. Im freien Verkehr soll ein Erzeugerpreis von M. 25.— je Zentner für Herbstkartoffeln nicht überschritten werden. Wo es die Kosten der örtlichen Produktion gestatten, soll angestrebt werden, den Preis soweit als möglich unter diese Grenze zu senken.

2. Es sollen sofort durch das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft die maßgebenden Stellen veranlaßt werden, unentgeltlich für einzelne Produktionsgebiete Verhandlungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen herbeizuführen, um eine Versorgung der Bevölkerung auf der in Ziffer 1 angegebenen Grundlage sicherzustellen. Dabei muß der unentgeltliche Zwischenhandel zwischen Verbraucher und Erzeuger ausgeschaltet werden. Der Handel wird sich mit einer möglichst geringen Gewinnspanne begnügen.

3. Bei den Verhandlungen ist zugleich anzustreben, daß von den Lieferorganisationen die Lieferung bestimmter Mengen zu dem örtlich vereinbarten Preise vertragsmäßig übernommen wird.

4. Die auf Grund der Verordnung vom 21. Mai 1920 abgeschlossenen Lieferungsverträge bleiben in Kraft.

Die an der heutigen Versammlung beteiligten Epheuorganisationen erklärten sich bereit, auf ihre Unterorganisationen einzuwirken, für die Durchführung der vorstehenden Richtlinien mit allem Nachdruck einzutreten.

Die Reichsregierung erklärte sich auch ihrerseits bereit, sich mit allem Nachdruck für die Durchführung dieser Richtlinien, insbesondere für den unentgeltlichen Abschluß der vorgesehenen Vereinbarungen einzusetzen.

Um unläuteren Preissteigerungen zu begegnen, erklärte sich die Reichsregierung auf Wunsch der Gewerkschaften weiter bereit, den Regierungen der Länder die Konzeptionierung des Kartoffelhandels dringend zu empfehlen.

Auf Grund des Verhandlungsergebnisses glaubt die Reichsregierung in Uebereinstimmung mit sämtlichen Organisationen damit rechnen zu dürfen, daß fortan die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in ruhiger und alle Teile befriedigender Weise erfolgt.

**„Mehrere tausend Büchsen Kondensmilch verdorben.“**  
Unter dieser Epigramme erschienen in verschiedenen Tageszeitungen Artikel, die auf schwere Mißstände in der Reichshalle für Speiseeisen hinweisen. Der Reichsrat, dem diese Mißstände bekannt waren, hatte eine Untersuchung bereits eingeleitet und wird sofort weitere Schritte, bei den maßgebenden Stellen tun, damit die Schuldigen restlos ermittelt werden.

# Der Neuaufbau des Leipziger Volkshauses

Von Bruno Taut.

Wir haben den unerfahrenen Führer der jungen Architektengeneration, die zum Neuaufbau des Leipziger Volkshauses in Leipzig, zu tun es mit der ihm in seinem ganzen Willen eigenen schöpferischen Kraft revolutionärer Idee.

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht 6 Entwürfe zu dem Wiederaufbau des in den Anrufen fast ganz zerstörten Volkshauses zu Leipzig. Das Gebäude ist durch den Brand soweit zerstört worden, daß von der Straßenfront nur noch die beiden unteren Geschosse stehen geblieben sind; die oberen Geschosse ragen als Ruinen in die Luft, als große Kufforderung, in der Wiedererrichtung den neuen Geist zu zeigen, und als großer Ansporn an die Phantasie des Architekten, diesem Geist die ebenso neue und feste Form zu prägen. Erzwungen wird diese Aufgabe immerhin dadurch, daß die stehengebliebenen Fassadenteile als Ausgang für die neue Form aus praktischen Gründen dienen müssen. Aber die augenblickliche Ruine, welche so phantastischerregend in die Luft greift, spricht es selbst aus, daß dies kein Hemmnis, sondern eher ein Ansporn sein kann.

Es ist eine Freude, in dem die neuen Entwürfe begleitenden Text zu lesen, mit welcher Begeisterung und mit welchem Stolz es an den Bau geht. Ein schöner Gedanke wird dabei von einem Arbeiter ausgeführt, nämlich der, daß bei dem Neubau, bei seiner Ausgestaltung im Innern, alle Berufsgruppen in gleicher Arbeitsfreude und Hingabe ihr Bestes zur neuentstehenden Schönheit beitragen möchten. Das Streben und die Begeisterung ist herrlich und großartig. Aber — ein großes Aber tut sich nun auf. Es ist die Form. Das Proletariat hat kein Klassenbewußtsein, es hat keinen politischen revolutionären Willen. Doch wenn man nun steht, zu welcher Form, zu welcher sichtbarsten Gestalt sich dieser Wille kristallisieren soll, dort, wo wie in einem Bauwerk großen Umfangs ein starker umfassender Gemeinschaftswille nötig ist, dann kann man angefangen dieser Entwürfe und besonders des zur Ausführung ausgewählten die große Frage aufwerfen: Hat das Proletariat überhaupt einen revolutionären Willen, oder ist dieser Wille nicht bloß ein rein materielle, ein Aufstrebenswille in die besser finanzierte Schicht, d. h. im Grunde Kleinbürgertum? Eine besser finanzierte Schicht, d. h. im Grunde Kleinbürgertum? Die Bauten, welche eine bestimmte Gruppe für sich errichtet, ob es nun Bürgerium, Aristokratie oder Potentaten sind, diese Bauten sind die deutliche Entfaltung des inneren Wesens der betreffenden Schicht, die sie errichtet. Ihre Uebereinstimmung mit dem festlichen und geistigen Gehalt dieser bauenden Schicht ist der Gradmesser für das Bewußtsein von dem Rechte ihrer Macht. Wo die Uebereinstimmung zwischen diesem Bewußtsein und der äußeren

Form in den Bauten vollendet ist, da kann man von Kultur sprechen. Es ist bitter, angefangen der Leipziger Volkshausentwürfe nicht davon sprechen zu können. Und es bleibt in einem solchen Fall, der anscheinend schon entschieden ist, nur die Resignation übrig und die Hoffnung auf eine Zeit, in der das Proletariat einmal sein Rechtswort erfüllt hat, daß es in allen seinen Bauten, Köpfen, Gerichten, Sildern usw. nichts anderes haben will, als den Ausdruck seiner selbst. Offenbar braucht aber die Resignation nicht für das Proletariat in seiner Gesamtheit zu gelten, wenn auch dieser einzelne Fall nichts anderes übrig läßt.

Der Arbeiter wird nach dem Gesagten hier und da vielleicht glauben, man wolle ihm die schönen Bauten des Bürgeriums, der Aristokratie und der Potentaten nicht gönnen. „Wir wollen doch auch etwas Hübsches haben!“ Nein — gerade dieses muß ganz und gar verschwinden. Singt ihr denn noch „Heil dir im Siegerkranz“ oder „Deutschland, Deutschland über alles“? Wo ihr in Massen zusammen seid und wo dann ein Lied hindrauft, das euch alle zusammenhält und von jedem von euch aus innerer Seele mitgelungen wird, da ist es etwas ganz anderes. Es ist die Arbeitermarxellaise. Der große Bau ist der steigendewordene Rhythmus eines Liedes, das eine Gesamtheit singen kann, und wo heute das Proletariat baut, da muß der Bau erdnen wie die Rhythmen der Arbeitermarxellaise.

Es ist nötig, bei den Entwürfen für Leipzig nachzuweisen, warum diese Rhythmen dort nicht erdnen? Seht euch die Entwürfe an: vorgelebte Säulen, gefuppelte Aufsätze u. dergl., alles Elemente, mit denen in guten Zeiten die Autokraten und der Adel und in schlechten, d. h. in der Zeit nach 1870 das parvenu-hafte Bürgerium seine Bauten dekorierte. Es lassen sich ja in jeden Baukörper allerhand sinnbildliche Deutungen hineinlegen. Man kann jede Kuppel, ob sie nun auf dem Petersdom in Rom oder auf dem Berliner Dom oder auf dem Justizgebäude in Leipzig oder auf dem Reichstag in Berlin thront, als den Ausdruck von Einheit und Macht ansehen. Das ist nicht das Wesentliche, und besonders nicht in diesem Falle, wo bei dem ausgewählten Entwurf der fuppelartige Turm wie ein Geschwür aus dem schwächlichen Dach herauswächst. Gerade solche Deutungen, wie sie in der „Leipziger Volkszeitung“ vorkommen, tragen den Stempel des Nichtbegriffens. Jedes Lied, ob es nun ein Händelstück oder eine monarchistische Hymne ist, hat seine Schwellungen. Die sind nicht wesentlich. Sie sind ebenso nur Eigenschaften des Liedes, wie Türme, Aufsätze und dergleichen Eigenschaften der Architektur sind. Wesentlich ist aber der Gesamtrhythmus, in dem ein Lied dahinhrauft, und ebenso die Gesamthaltung eines Bauwerks. Man könnte nun fragen: wo sind denn die Architekten, die diesen neuen Geist in sich tragen? Daß sie da sind, ergibt sich

aus der Tatsache, daß sie schon da waren und für das Proletariat in einem Falle etwas Großartiges errichtet haben. Was ich hier meine, ist das Gewerkschaftshaus der Diamantarbeiter in Amsterdam, errichtet vor circa 15 Jahren von H. P. Verriage. Ich will nun nicht sagen, daß in Leipzig ebenso gebaut werden soll. Aber es soll sich ein ähnlicher Wille und ein ähnlicher Geist ausdrücken, der nicht in Säulen und veralteten Aufsätzen wie ein überfälliger Bürger schmelzt, sondern das Gefüge einer straffen, neuartigen und doch elastischen und leichten Gliederung trägt, die keineswegs schmucklos zu sein braucht.

Proletariat! Wißt Ihr denn nicht, daß sich in der Kunst eine Revolution vollzieht, und daß diese Revolution von der gleichen Genahnung getragen ist, wie die politische? Die politische Revolution hat nur Wert, wenn sie Weltanschauung ist. Die neue sich vollziehende Weltanschauung zerbricht die Trennung zwischen Politik und Kunst; wo diese Weltanschauung zur Genahnung wird, da wird sie fruchtbar und schöpferisch und bringt das Neue hervor. Kunst hat nur Wert, wenn sie neu ist. Die heute absterbende Klasse früherer Gedankenkreise hat zur Unfruchtbarkeit verdammt, da sie nicht mehr lebendig sind und deshalb keine neue Form hervorbringen können. Das Proletariat aber, das von einer neuen Genahnung getragen ist und etwas ganz anderes sein will als Kleinbürgertum, muß alles, was es in eine Form bringt, seien es Bauten oder Bilder, auch in eine neue Form bringen. Nur dann haben seine Leistungen den Charakter der Kunst, d. h. des Neuen (denn „neue Kunst“ ist ja dieselbe Wortführung wie weicher Schimmel, alter Preis usw.). Wie wir bei der heutigen Genahnung und Weltanschauung keine Grenze zwischen Politik und Kunst ziehen können, so auch keine zwischen Revolution und Kunst. Der revolutionäre Wille ist unecht, wenn er nicht in allen revolutionären Formen verlangt.

# Geschmack im Alltag

Im Schöneberger Rathaus ist zur Zeit eine Ausstellung mit dem Namen und dem Programm „Geschmack im Alltag“. Diese sehr lehrhafte Bezeichnung macht manchen gespannt, und hoffnungsvoll ging mancher hin, um zu schauen, was man uns bieten würde. Man bietet dem Volk nichts, als eine bürgerliche Kunstgewerbeschau, eine Schau von Dingen, die von der Jury, den Geschmackspolitikern der Ausstellung, als mit geeigneter Verzierung versehen erkannt wurde, um als „Vorbild fürs Volk“ hingestellt zu werden. Folgt ist der Bourgeois! Die Bürger wollen die von ihnen errichteten Räume zwischen den Klassen mit etwas Farbe überfrachten und mit etwas Verzierung versehen. Eine reine







# Gewerkschaftliches

## Zum Streik bei der Handelsgesellschaft Raiffeisencher Genossenschaften

Der Zentralverband der Angestellten schreibt und: Die Bemühungen des Demobilisationskommissars, den Streik bei der Handelsgesellschaft Raiffeisencher Genossenschaften beizulegen, sind an dem Verhalten der Direktion und des Arbeitgeberverbandes (Syndikat Dr. Engel) gescheitert. Der Arbeitgeberverband hat versagt, die Gewerkschaften auszuschalten, doch haben die Angestellten einstimmig sich erneut auf den Boden der Gewerkschaften gestellt. Die Herren der Firmenleitung samt ihrem geistlichen Aufsichtsrat und dem Arbeitgeberverband scheinen sich der Hoffnung hinzugeben, daß die Angestellten noch vor dem 1. Oktober zu Krenze kriechen müssen, da namentlich die verheiratete Kollegenschaft am Ersten Meie und Gasgeber pp. zu zahlen hat. Die streikende Kollegenschaft denkt gar nicht daran, ist sich vielmehr darüber schon einig geworden, daß der Streik auch über den 1. Oktober hinausgeht, falls den gerechten Forderungen nicht genüge geleistet wird. Trotz des eifrigen Bemühens der Direktion ist es ihr bis heute noch nicht gelungen, genügend Streikbrecher heranzuziehen, um so ihren Betrieb wenigstens einigermaßen fortführen zu können. Kolleginnen, Kollegen, es kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, bei genannter Firma keine Stellung anzunehmen. Beweist eure Solidarität! Die Streikenden in ihrer bewundernswürdigen Geschlossenheit können nur noch den Kampf verlieren, wenn sich eine größere Anzahl Streikbrecher einfindet.

### Achtung Klempner!

Durch Vergleich vor dem Demobilisationskommissar am 20. d. M. ist nachfolgender Stundenlohn zu zahlen: Ab 15. Juli bis 30. August d. J. 6,50 Mk., für die Zeit vom 1. September ab 6,25 Mk. Die Nachzahlung erfolgt in vier Wochenraten. Weiter hat jeder Klempner, der am 1. September sechs Monate bei ein und derselben Firma beschäftigt war, Anspruch auf drei Tage Urlaub. Wir ersuchen unsere Kollegen überall da, wo obige Löhne bisher nicht gezahlt wurden, die Nachzahlung zu beanspruchen. Falls Schwierigkeiten oder Nichtbezahlung erfolgt, bitten wir dieses umgehend in unserem Bureau zu melden.

Die Ortsverwaltung.

**Reichsmerkmale Spanbau.** Achtung! Verammlung aller entlassenen und beurlaubten Reichsmerkmale-Spanbau, am Sonntag, den 3. 10., vormittags 10 Uhr, in der Schulaula, Berlin N., Müllerstr. 62a. Tagesordnung: Bericht von den Verhandlungen im Reichsparlament.

# Groß-Berlin

## Ein anderes Bild

In der 10. Gemeindeschule Lichtenbergs hat der Schulleiter, Rektor Görsch, als Klassenlehrer den Kindern in jedem halben Jahr folgenden Aufsatz aufgegeben. Derselbe ist im Original wiedergegeben und entspricht dem Wunsche des Rektors.

### Der Schahgräber von Goethe. Ein Vergleich, ein Abbild unserer Zeit.

In dem Gedicht von Goethe „Der Schahgräber“ wird ein Mann gezeigt, welcher arbeitslos ist. Durch seine Faulheit gelangt er zum Bettelstab. Diesen können wir mit unseren heutigen Arbeitern vergleichen. Sie wollen auch nicht arbeiten, sondern sie wollen höchstens nur 6 Stunden arbeiten. Wenn sie eine oder etwas mehr Stunden arbeiten, so verlangen sie das doppelte Geld. Bekommen sie dieses nicht, so treten sie in den Streik. Dieses tun sie nur, wenn sie es wollen. Der Schahgräber hatte das Bestreben, reich zu werden. Er versprach dem Teufel seine Seele. Auch die jetzigen Leute haben das Bestreben, reich zu werden; darum treiben sie Schieber- und Wucherergeschäfte. Diese Leute werden Schieber, Wucherer und Schleichhändler genannt. Sie kaufen die Ware billig ein und verkaufen dieselbe teuer. Sie verdienen sich ihr Geld auf eine unehrliche Weise. Diese haben die Not des Volkes aus. Der Schahgräber wollte dem Vergnügen nachgehen, aber es fehlte ihm an Geld. Auch unsere Leute gehen dem Vergnügen nach. An den Tischfüßen ist auch vom Tanz angedeutet. Die Männer treiben den Spielklub und den Kennisport. Die Frauen dagegen machen die Mode mit. Sie kaufen sich moderne Kleider und Schuhe. Der Schahgräber befindet sich in einem verzweifeltsten Zustande. Er glaubt nicht mehr an Gott, daraus sehen wir, daß er gottlos ist. Auch heutzutage haben die Menschen kein Gottvertrauen. Sie gehen nur ihrem Vergnügen nach. So sehen wir, wie der Schahgräber ein Abbild unserer jetzigen Zeit ist.“

In diesem Aufsatz ist also nur ein Vergleich zwischen Schahgräber und Arbeiter gezogen. So wie hier ist es sicher noch an vielen Schulen. Das ist aber keine Politik. Und das Provinzial-Schulkollegium wird nichts tun. Hier müssen die Elternbeiräte einlehen. Auch die Eltern müssen sich gegen eine derartige Erziehung wehren. Solche Aufsätze bedeuten für Arbeitereltern einen Schlag ins Gesicht. Elternbeiräte seid wachsam.

## Nochmals: Die Vorgänge im Städtischen Obdach

Ueber den Zusammenstoß demonstrierender Obdachloser mit dem Personal des städtischen Obdachs am Dienstag, den 21. d. Mts., hatten wir in Nr. 395 einen Bericht gebracht, der von dem Betriebsrat der Angestellten in der nächsten Nummer sofort demontiert und berichtigt wurde. Die Hausdiener des Obdachs beklagten sich nun darüber, daß sie trotz der Berichtigung in Arbeiterkreisen angefeindet werden. Sie ersuchen uns deshalb um eine nochmalige wahrheitsgetreue Schilderung dieser Vorgänge. Danach haben die Zusammenstöße folgende Ursache: Seit langer Zeit besteht für die Obdachlosen im Asyl die Gepflogenheit, daß sie alle fünf Tage „verwarnt“ werden, wenn sie sich noch kein Obdach beschafft haben, und unter Umständen werden sie dann der Polizei zugeführt. Unter den heutigen Verhältnissen ist es natürlich vielen beim besten Willen nicht möglich, sich ein Obdach zu verschaffen, und es bestand daher bei den Obdachlosen über diese „Verwarnung“ eine tiefe Erregtheit. Statt nun aber sich an die Behörden oder an die Betreuer der Arbeiterschaft zu wenden und die Aufhebung der „Verwarnung“ oder wenigstens eine Fristverlängerung zu verlangen, wählten die Unzufriedenen den falschen Weg, indem sie gegenüber den Beamten und Hausdienern des Obdachs, die nur ihre Pflicht taten, eine drohende Stellung annahmen und diese mit Steinen, Eisenstangen und Messern angriffen. Daraus entwickelte sich eine Schlägerei, bei der es auf beiden Seiten Verletzte gab.

Der Hauptanführer war ein gewisser A. H. T. A. T. E. R., der jetzt von der Polizei gesucht wird. A. H. T. A. T. E. R. hatte sich bereits einige Zeit vorher im Obdach dadurch verdächtig gemacht, indem er unter den Obdachlosen „gebiente Soldaten“, angeblich zu Landarbeiten anwerben wollte. Der Betriebsrat, dem die Sache verdächtig vorkam, hintertrieb damals diese Tätigkeit, und seitdem ohne A. H. T. A. T. E. R. auf Raue. Die Festsetzung von 200, meist jugendlichen Obdachlosen und der Angriff auf die Angestellten des Obdachs war sein Werk. Die Angestellten haben sich lediglich verteidigt.

Es ist bedauerlich, daß solche Elemente wie A. H. T. A. T. E. R. die Unzufriedenheit anderer für ihre eigenen Absichten mißbrauchen können. Es sei aber bei dieser Gelegenheit an den Magistrat das dringende Ersuchen gerichtet, die Zustände im Obdach so zu gestalten, daß die Erbitterung der Insassen sich legt und neue tumultuarische Szenen vermieden werden.

**Zur Wohnungsnot.** In Nr. 328 der „Freiheit“ vom 13. 8. wurden die Erfahrungen eines Herrn im Kampf um eine Wohnung Tils-Borsdorferstr. 26 geschildert. Hierzu teilt das Wohnungsamt mit, daß der betreffende Herr allerdings von der 2. Wohnungsinspektion in die ihr als frei gemeldete Wohnung eingewiesen wurde, daß diese aber durch das Mietvertragsamt dem bisherigen Untermieter der Wohnung für ein weiteres Jahr zugesprochen wurde, ohne daß „gute Beziehungen zur Direktion des Wohnungsamts“ oder die sonstigen angegebenen Gründe von Einfluß waren. Das Wohnungsamt hat weder die Aufgabe noch die Befugnis, Entscheidungen der Mietvertragsämter durch entgegengetretene Maßnahmen unwirksam zu machen. — Unsere Kritik, daß innerhalb unserer Wohnungsbehörden sich unhaltbare Zustände herausgebildet haben, wird durch diese „Berichtigung“ nicht mangelnd gemacht.

**Morgen-Fest** unter Mitwirkung von Tilla Durieux, Margarete Seidmüller und dem Bühnen-Orchester am Sonntag, den 3. Oktober, vormittags 11 Uhr, in der Germania-Halle, veranstaltet der Internationale Bund der Kriegsoffer. Einlasskarten der Länge, Jennstr. 60, Müller, Auguststr. 61 und Beyer, Ullendorferstr. 26a.

**Pfarrer Bleier** spricht am Dienstag, den 28. September, abends 7 1/2 Uhr, als Sozialist in der Aula des Raiffeisen-Kunsta-Gymnasiums Charlottenburg, Gauerstr. 38, nahe Berliner Str., über das Thema: „Die Weltmission der D. A. K.“. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pf. erhoben.

**Auch Sportplätze gehören zur produktiven Erwerbslosenfürsorge.** Der preussische Wohlfahrtsminister hat sich während der augenblicklichen Wirtschaftskrise erklärt, vorübergehend auch solche Maßnahmen ausnahmsweise mit Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zu fördern, die nur einen bedingten volkswirtschaftlichen Wert haben oder nur unmittelbar dem Aufbau des Wirtschaftslebens dienen. Hierzu gehören Spiel- und Sportplätze, Freibad- und Schwimmbecken, Einfriedigungen, ferner Instandsetzung von kommunalen Bäumen und Straßen.

**Zu dem Mord an dem Kaufmann Engelmann** wird mitgeteilt, daß die Frau des Ermordeten von Schneidemühl hierhergebracht und von Kriminalkommissar Teglmeyer eingehend verhört worden ist. Sie weist jeden Verdacht, mit dem Verbrechen irgendwo

zu tun gehabt zu haben, entschieden von sich. Angehalten wurde in der vergangenen Nacht am Waldweg ein Mann, auf den die Beschreibung des Mannes paßt, der gleich nach dem Mord geflohen wurde, als er das Haus verließ. Er bestritt die Tat. Vorläufig wurde er in Gewahrsam behalten, um Zeugen gegenübergestellt zu werden.

**Unbuddsamkeit der Kirche.** Die Angehörigen einer Verstorbenen, die der Kirche noch angehört hatte, aber auf ihren Wunsch ohne Beisein des Geistlichen beerdigt werden wollte, begaben sich zum Küster der Kaiser-Friedrich-Gedächtniskirche zwecks Einholung der Genehmigung zur Teilnahme und Mitwirkung eines Gefangenenquartetts bei der Beerdigung. Der Küster lehnte ab, weil ein Geistlicher zur Beerdigung nicht mitgehe und verwies auf den vorgefundenen Geistlichen Krüger. Auch dieser erklärte, daß, wenn auf den Geistlichen verzichtet wird, die Beerdigung stattfinden müsse. Auch wurde die Aufbahrung in der Kapelle aus gleichen Gründen abgelehnt. — Es geht doch nichts über die christliche Liebe.

**Schöneberg.** Es stehen zurzeit an Kommunalware zum Verkauf: Herrenunterjaken, Unterhosen, graues und schwarzes Futter, Dreifach-Haubtücher, Frauen- und Kinderstrümpfe, Herrenjoden, Erntlingsjücken, Erntlingshemden, Knaben- und Mädchenhemden, Kindertrikots, Schürzenstoffs, Kleiderstoffe, Kessel, Fühlappen, Kostüme, Damenmäntel, Zoppen, Knabenanzüge, Stoff für Herren- und Knabenanzüge, Herren- und Damenstiefel. Näheres am schwarzen Brett und Zimmer 217 des Neuen Rathauses. Sehr preiswerte fertige Kleider und Schuhe sind in der Kleidervermerlungsgesellschaft Kommandantenstr. 80-81, ohne Ausweis werktätlich von 5 bis 9 Uhr zu haben.

**Kommunaler Volkshilfs-Ausschuß Reinickendorf.** Für das am Freitag, den 1. Okt. abends 7 1/2 Uhr, in den Hubertus-Hallen Rotfischerstr. 107 des Bühnen-Orchesters sind noch Karten zum Preise von Mk. 3, — bei der Parteilichkeit ändern, in den Gemeindeverkauftellen und im Rathaus, Zimmer 18, zu haben.

**Voraussetzliches Wetter für Berlin und Umgebung am Donnerstag.** Heiter und trocken, nachts sehr kühl und teilweise neblig, mittags etwas wärmer.

## Aus den Organisationen

- 1. Bezirk. 2. Abteilung. Heute abends 7 Uhr, Bezirksführer und städtische Kommissionsmitglieder. Sitzung bei Reich, Torgmannstr. 97.
- 4. Bezirk. 4. Abteilung. Freitag, 7 Uhr, Schulhaus, Rantowstr. 7, Frauen- und Arbeitervereine. — Arbeiter-Vereinigung, Freitag abends 7 Uhr, bei Hülp, Wraschellstr. 12.
- 4. Bezirk. 4. Abteilung. Mittwoch, abends 7 Uhr, Verammlung bei Ruler, Dönhofs-Str. 35, — 11. Sitzung. Donnerstag, abends 7 Uhr, bei Dönhofs-Str. 35. In beiden Verfassungen Tagesordnung: Einleitungsrede von Reich.
- 4. Bezirk. Kinderhilfskommission. Sitzung Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Tiller, Wollweberstr. 11, Ecke Holzgraben. Besprechung und Heft für pflanzlich erheben.
- 5. Bezirk. 5. Abteilung. Donnerstag abends 8 Uhr, bei Ruz, Dönhofs-Str. 34, Sitzung aller Bezirksführer und Kommissionsmitglieder.
- 10. Bezirk. Zur Beerdigung unserer Genossen Gutmann, treffen sich die Genossen am Genscher Platz, 9 1/2 Uhr.
- 11. Bezirk. Infolge eines Verhebens ist in der heutigen Morgenansage eine am Donnerstag stattfindende Generalversammlung angeündigt. Diese findet nicht statt. Dafür haben laut Beschluß der letzten Vorstandssitzung folgende Versammlungen statt: Bei Donnerstag, den 30. 9., abends 7 1/2 Uhr, pflanzlich für die Frauenhilfskommission. Bei Freitag, den 1. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Samstag, den 2. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Sonntag, den 3. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Montag, den 4. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Dienstag, den 5. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Mittwoch, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Donnerstag, den 7. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Freitag, den 8. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Samstag, den 9. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Sonntag, den 10. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Montag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Dienstag, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Mittwoch, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Donnerstag, den 14. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Freitag, den 15. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Samstag, den 16. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Sonntag, den 17. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Montag, den 18. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Dienstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Mittwoch, den 20. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Donnerstag, den 21. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Freitag, den 22. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Samstag, den 23. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Sonntag, den 24. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Montag, den 25. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Dienstag, den 26. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Mittwoch, den 27. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Donnerstag, den 28. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Freitag, den 29. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Samstag, den 30. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission. Bei Sonntag, den 31. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, für die Generalversammlung der Arbeiterhilfskommission.

## Verzeichnisse

**Transportarbeiter-Verband.** Sektion 2: Transportarbeiter, Betriebsräte, Diebstahl, Diebstahl und Vertriebsstellen aller Branchen. Am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, bei Becker, Heberstr. 17, allgemeine Versammlung. — Brandt, Reichs-Verband, Verwaltungsbehörden. Donnerstag, 7 Uhr, Dresdner Str. 36, Dresdner Hof, Arbeiter-Vereinigung.

## Lebensmittelkalender

Berlin. Milchlieferung. Für den 21. und 22. September d. J. wird auf die 1/2-Liter-Kanistern 1/2 Liter Milch herausgegeben. Die übrige Lieferung bleibt wie bisher.

Verantwortlich für die Redaktion: Leo Bloch, Berlin-Friedenau. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Komolinet, Berlin. — Druck: „Freiheit“, Verlagsgesellschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck: „Freiheit“, Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 64.

1189. 10. Bezirk. Den Genossen zur Nachricht, daß unser Altes Mitglied, der Gewisse **Herm. Guttman** am 20. d. M. im Alter von 60 Jahren, nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist. Beerdigung: Donnerstag, den 20. September, vorm. 11 Uhr, von der alten Halle des jüdischen Friedhofes Wilmersdorf. Der Vorstand.

**Kriegsbeschädigter** 28. Jahrg. blinder Mann. In Berlin, kommt zur Herbeiführung in der Straße, Engelstr. 24, an die Expeditions d. Blattes.

**Bedeutende Baufirma** sucht für den Nachweis von Bauarbeiten **hohe Provision** Offerten erbeten unter B. N. L. 3018 an Altkassier & Vogl, Berlin 30

**Blutwund-Karten** **Jugendweibe** in vornehmer Ausstattung **Buchhandlung** **„Freiheit“** Breite Straße 8-9 und in den Freiheits-Expeditionen erhältlich.

**Spezialität:** **ohne Gummiplatte** **Zahn-Praxis Endter Nflg.** Alvenslebenstraße 21, Hochbahnhof Wilmersdorf. **Nur 2 feste Preise** **Zähne 5 Mk. und 7,50 Mk.** Schöne natürliche Farben und Formen mit echtem Kaukauk und schillernder Glanz.

**Kleine Anzeigen** **Verkaufe** **Möbel** **Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Verkaufe** **Möbel** **Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Tiermarkt**

**Botenfrauen** **Speidition Lorenz, Charlottenburg** **Botenfrauen** für Touren, höchste Straße, ferner Büschings-, Friedens- und Weinstraße sucht **Speidition Werner, Greiswalder Str. 29.**

**J.F. Rauch** Friedhofstr. 11, Brunnenstr. 174, nebst Gold-Basse, Dr. Franzfurter Strasse 112, neben Janderl, Invalidenstrasse 184. : Lager: 84, Bergstrasse 34, Tel. Nord. 8214.

**Verkaufe** **Möbel** **Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Möbel** **Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Werkzeuge u. Maschinen** **Tiermarkt**

**Tiermarkt**

**Tiermarkt**

**DER MIETERSCHUTZ** Beste gemeinverständliche Darstellung des Mieterschutzes und der Höchstmietenerordnung **Unentbehrlich für jeden Mieter** Preis 4.00 Mk. Zu beziehen durch alle „Freiheit“-Expeditionen sowie durch die „Freiheit“-Buchhandlung, Berlin C 2, Breite Str. 8-9